

Noam Chomsky: Der von den USA geführte "Krieg gegen den Terror" hat große Teile der Welt verwüstet

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

C. J. Polychroniou (CJP): Diese Woche vor 20 Jahren entführte die Terrororganisation al-Qaida, deren Ursprünge auf den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Jahr 1979 zurückgehen, vier Flugzeuge und verübte in den Vereinigten Staaten Selbstmordattentate auf die Zwillingstürme und das Pentagon. Kurz darauf begann die Regierung von George W. Bush mit einem "globalen Krieg gegen den Terror": Sie marschierten in Afghanistan ein, riefen ein Jahr später, nachdem sie die Taliban-Regierung gestürzt hatten, das Schreckgespenst der "Achse des Bösen" ins Leben, bestehend aus dem Irak, dem Iran und Nordkorea, und ebneten so den Weg für weitere Invasionen. Interessanterweise wurde Saudi-Arabien, dessen königliche Familie nach gewissen Geheimdienstberichten al-Qaida finanziert hatte, nicht in die Liste aufgenommen. Stattdessen war es der Irak, in den die USA 2003 einmarschierten, und stürzten dabei einen brutalen Diktator (Saddam Hussein), der die meisten seiner Verbrechen als Verbündeter der USA begangen hatte und ein erklärter Gegner von al-Qaida und anderen islamisch-fundamentalistischen Terrororganisationen war, da diese eine Gefahr für sein säkulares Regime darstellten.

Das Ergebnis des 20-jährigen Krieges gegen den Terror, der mit der Wiederergreifung der Macht der Taliban endete, war in vielerlei Hinsicht katastrophal, wie Noam Chomsky in einem exzellenten Interview treffend beschreibt, das auch die immense Heuchelei offenlegt, die den Handlungen des globalen Imperiums zugrunde liegt.

Fast 20 Jahre sind seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vergangen. Mit fast 3.000 Toten war dies die höchste Opferzahl, die ein Angriff auf amerikanischem Boden in der Geschichte der USA je forderte. Er brachte dramatische Auswirkungen auf die Weltpolitik mit sich sowie besorgniserregende Folgen für die amerikanische Gesellschaft. Ich möchte Sie

zunächst bitten, die angebliche Neuausrichtung der US-Außenpolitik unter George W. Bush darzulegen, die Teil der Reaktion seiner Regierung auf den Aufstieg Osama bin Ladens und das Aufkommen des Dschihadismus war. War also erstens die Bush-Doktrin irgendetwas Neues, oder war sie lediglich eine Zusammenfassung dessen, was wir bereits in den 1990er Jahren im Irak, in Panama, Bosnien und im Kosovo erlebt hatten? Und zweitens: War die von den USA und der NATO angeführte Invasion Afghanistans völkerrechtskonform? Und drittens, ging es der USA jemals um den Aufbau eines Afghanischen Staates?

Noam Chomsky (NC): Die unmittelbare Reaktion Washingtons auf den 11. September 2001 war die Invasion Afghanistans. Der Abzug der US-Bodentruppen erfolgte (fast) zeitgleich mit dem 20. Jahrestag der Invasion. Es gab eine regelrechte Flut von Kommentaren zum Jahrestag des 11. Septembers und zur Beendigung des Kriegseinsatzes. Sie sind höchst aufschlussreich und folgenreich. Sie offenbaren, wie die politische Klasse den Verlauf der Ereignisse wahrnimmt, und bieten einen nützlichen Hintergrund zur Betrachtung der wesentlichen Unklarheiten um die Linie der Bush-Regierung. Es ergeben sich daraus außerdem einige Hinweise auf die möglichen Folgen.

Von allergrößter Bedeutung in diesem historischen Moment wären die Gedanken des "Entscheidungsfällers", wie er sich selbst nannte. Und in der Tat erschien in der Washington Post ein Interview mit George W. Bush am Ende des Truppenabzugs.

Im Artikel und dem Interview wird uns das Bild eines humorvollen und liebenswerten Opas vermittelt, der es liebt, mit seinen Enkeln herumzualbern, und der die Porträts bewundert, die er von den großen Männern gemalt hat, die er selbst in seiner Glanzzeit gekannt hat. Dabei wurde beiläufig auf seine Heldentaten in Afghanistan und die darauffolgende Zeit im Irak eingegangen:

“Bush mag den Irak-Krieg unter falschem Vorwand begonnen haben, aber zumindest löste er keinen Aufruhr aus, der das US-Kapitol in ein Kriegsgebiet verwandelte. Wenigstens war er bemüht, sich von den Rassisten und Xenophoben in seiner Partei zu distanzieren, anstatt sie durchgehend zu unterstützen. Wenigstens ging er nicht so weit, seine innenpolitischen Gegner als " bössartig" zu bezeichnen.”

Weiteres Zitat:

„Verglichen mit Trump könnte man ihn für einen der legendärsten Präsidenten aller Zeiten halten", sagte der ehemalige Vorsitzende des Senats und einstige Gegenspieler von Bush, Harry M. Reid (D-Nevada), in einem Interview. "Jetzt blicke ich ein bißchen mit nostalgischen und sentimental Gefühlen auf Bush zurück, was ich nie erwartet hätte.“

Ganz unbedeutend, zufällig und beiläufig erwähnt wird dann, dass Hunderttausende abgeschlachtet wurden, die vielen Millionen Flüchtlinge, die gewaltigen Zerstörungen, das

grausame Folterregime, das ethnische Konflikte angefacht wurden, die die ganze Region gespalten hat, und als direkte Folge: dass daraus zwei der ärmsten Länder der Welt geworden sind.

Das Wichtigste zuerst. Er hat nicht über andere Amerikaner gelästert.

Allein das Interview mit Bush bringt den Kern der zahlreichen Kommentare gut auf den Punkt: Was zählt, sind *wir*. Es wird darüber lamentiert, wie viel diese Abenteuer kosten: die Kosten, die *uns* entstanden sind, die "nach neusten Schätzungen des Projektes „Kriegskosten“ der Brown Universität 8 Billionen Dollar überschritten haben", und dann noch wieviele U.S.-Amerikaner gestorben sind, und wie es unsere brüchige Gesellschaft weiter zerrüttet hat.

Beim nächsten Mal sollten wir die für uns entstehenden Kosten sorgfältiger abschätzen und es besser machen.

Wirklich zurecht beklagt man auch das Schicksal, dass die Frauen unter der Herrschaft der Taliban nun ereilen wird. Diese Beklagungen sind manchmal auch zweifellos aufrichtig, aber es stellt sich natürlich die Frage: Warum wurden sie nicht schon vor 30 Jahren geäußert, als die bewaffneten und von Washington enthusiastisch unterstützten US-Lieblinge junge Frauen in Kabul terrorisierten, die die "falsche" Kleidung trugen, ihnen Säure ins Gesicht warfen und andere Übergriffe begangen? Besonders brutal waren die Truppen des Erz-Terroristen Gulbuddin Hekmatyar, der kürzlich im US-amerikanischen Verhandlungsteam mitwirkte.

Über die Errungenschaften im Bereich der Frauenrechte in den von Russland kontrollierten Städten in den späten 80er Jahren und die Bedrohung, der sie durch die von der CIA mobilisierten radikalen islamistischen Kräfte ausgesetzt waren, berichtete damals eine äußerst glaubwürdige Quelle, Rasil Basu, eine angesehene internationale feministische Aktivistin, die in jenen Jahren UN-Beauftragte in Afghanistan war und sich besonders für die Rechte der Frauen einsetzte.

Basu berichtet:

“Während der [russischen] Besatzung machten die Frauen enorme Fortschritte: Die Analphabetenquote sank von 98 % auf 75 %, und sie wurden im Zivilrecht und in der Verfassung rechtlich mit den Männern gleichgestellt. Das soll nicht heißen, dass vollkommene Gleichberechtigung herrschte. Am Arbeitsplatz und in der Familie herrschten nach wie vor ungerechte patriarchalische Verhältnisse, und Frauen besetzten niedrigere geschlechtsspezifische Berufe. Aber die Fortschritte, die sie in den Bereichen Bildung und Arbeit machten, waren sehr beeindruckend.”

Basu reichte Artikel zu diesen Themen bei den wichtigsten US-Zeitschriften ein, ebenso wie bei der feministischen Zeitschrift Ms. Magazine. Keine Abnehmer, falsches Thema. Es

gelang ihr jedoch, ihren Bericht in Asien zu veröffentlichen: In der *Asian Age*, am 3. Dezember 2001.

Noch mehr darüber, wie die Afghanen in Kabul die späten Jahre der russischen Besatzung und die Zeit danach wahrgenommen haben, erfahren wir von einem anderen Experten, Rodric Braithwaite, britischer Botschafter in Moskau von 1988 bis 1992 und damaliger Vorsitzender des Joint Intelligence Committee, sowie Autor des wichtigsten wissenschaftlichen Werks über die Sowjets in Afghanistan.

Braithwaite besuchte Kabul im Jahr 2008 und berichtete in der Londoner *Financial Times* über seine Erfahrungen:

“In Afghanistan wird heute ein neuer Mythos erschaffen. Er verheißt nichts Gutes für die derzeitige Politik des Westens. Bei einem Besuch kürzlich sprach ich mit afghanischen Journalisten, ehemaligen Mudschahedin, Fachleuten, also Leute, die mit der „Koalition“ zusammenarbeiten - und die selbstverständlich die Behauptungen unterstützen, dass sie Frieden und Wiederaufbau bringen werde. Sie verachteten den [von den USA eingesetzten] Präsidenten Hamid Karsai, den sie mit Schah Schudscha verglichen, der britischen Marionette, die während des ersten Afghanistankriegs eingesetzt wurde. Die meisten waren für Mohammad Najibullah, den letzten Präsidenten aus der Zeit des Kommunismus, der versuchte, die Nation mit dem islamischen Staat zu versöhnen, und der 1996 von den Taliban ermordet wurde: DVDs mit seinen Reden werden auf den Straßen verkauft. Unter den Sowjets sei alles besser gewesen, sagen sie. Kabul war sicher, Frauen hatten Arbeit, die Sowjets bauten Fabriken, Straßen, Schulen und Krankenhäuser, russische Kinder spielten sicher auf der Straße. Die russischen Soldaten kämpften tapfer am Boden wie echte Krieger, anstatt Frauen und Kinder aus der Luft zu töten. Selbst die Taliban waren nicht so schlecht: Sie waren gute Muslime, sorgten für Ordnung und auf ihre Weise respektierten sie auch Frauen. Diese Mythen spiegeln vielleicht nicht die historische Realität wider, aber sie sind Ausdruck einer tiefen Desillusionierung gegenüber der „Koalition“ und ihrer Politik.”

Die Politik der "Koalition" wurde in der von Tim Weiner, Korrespondent der *New York Times*, verfassten Geschichte der CIA der Öffentlichkeit präsentiert. Das Ziel war es, "sowjetische Soldaten zu töten", erklärte der CIA-Stationschef in Islamabad und stellte klar, dass "die Mission nicht darin bestand, Afghanistan zu befreien".

Sein Verständnis der Politik, die er unter Präsident Ronald Reagan zu verfolgen hatte, entspricht voll und ganz den angeberischen Erzählungen von Präsident Jimmy Carters nationalem Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über die Entscheidung, 1979 radikal-islamistische Dschihadisten zu unterstützen, um einen Einmarsch der Russen in Afghanistan zu provozieren, und seiner Genugtuung über das Resultat, nachdem Hunderttausende von Afghanen getötet und große Teile des Landes zerstört worden waren: "Was ist wichtiger in der Weltgeschichte? Die Taliban oder der Zusammenbruch des

Sowjetimperiums? Ein paar wütende Moslems oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?"

Informierte Beobachter erkannten schon früh, dass die russischen Besatzer einen unverzüglichen Rückzug anstrebten. Die Untersuchung der russischen Archive durch den Historiker David Gibbs beseitigt diesbezüglich alle Zweifel. Viel nützlicher für Washington war es jedoch, aufsehenerregende Verlautbarungen über Russlands erschreckende Expansionsziele zu erlassen und die USA im Gegenzug dazu zu verpflichten, ihre eigene Vorherrschaft in der Region erheblich auszuweiten, notfalls auch mit Gewalt (so die Carter-Doktrin, ein Vorläufer der Bush-Doktrin).

Der russische Rückzug hinterließ eine relativ populäre Regierung unter Najibullah mit einer funktionierenden Armee, die sich mehrere Jahre lang behaupten konnte, bis die von den USA unterstützten radikalen Islamisten die Macht übernahmen und eine so extreme Schreckensherrschaft errichteten, dass die Taliban bei ihrem Einmarsch in weiten Teilen positiv aufgenommen wurden und ihrerseits ein hartes Regime errichteten. Bis zum 11. September 2001 bestand ein relativ gutes Verhältnis zwischen ihnen und Washington.

Um zurück zur Gegenwart zu kommen, sollten wir uns mit der Machtübernahme durch die Taliban in der Tat Gedanken über das Schicksal von Frauen und anderen Gruppen machen. Wer ernsthaft daran interessiert ist eine Politik zu entwickeln, die ihnen zugute kommt, sollte sich an die Vergangenheit erinnern.

Das Gleiche gilt auch in anderer Hinsicht. Die Taliban haben versprochen, keine Terroristen zu beherbergen, aber wie können wir ihnen glauben, warnen Kommentatoren, wenn dieses Versprechen mit der ungeheuerlichen Behauptung ihres Sprechers Zabihullah Mudschahid einhergeht, dass es "keine Beweise" dafür gebe, dass Osama bin Laden für den Anschlag vom 11. September 2001 verantwortlich war?

Es gibt aber ein Problem mit der lächerlichen Scheinheiligkeit dieser schockierenden Aussage. Was Mujahid tatsächlich sagte war sowohl richtig als auch sehr beachtenswert. Er sagte wörtlich: "Als Osama bin Laden zu einem Problem für die Amerikaner wurde, war er in Afghanistan. Obwohl es keine Beweise dafür gab, dass er an den Ereignissen des 11. Septembers beteiligt war".

Überprüfen wir das. Im Juni 2002, acht Monate nach dem 11. September, stellte FBI-Direktor Robert Mueller der nationalen Presse die Ergebnisse des wahrscheinlich größten Ermittlungsverfahren der Geschichte vor. Er sagte wörtlich: "Die Ermittler glauben, dass die Idee zu den Anschlägen vom 11. September auf das World Trade Center und das Pentagon von al-Qaida-Führern in Afghanistan stammte", obwohl die Planung und Finanzierung offenbar auf Deutschland und die Vereinigten Arabischen Emirate zurückgeht. "Wir glauben, dass die Drahtzieher in Afghanistan waren, an der obersten Spitze der al-Qaida-Führung."

Was im Juni 2002 nur vermutet wurde, konnte man acht Monate zuvor beim Einmarsch der USA noch nicht wissen. Mujahids schockierende Aussage war richtig. Diese lächerliche Scheinheiligkeit ist ein weiteres Beispiel für sehr willkommene Erinnerungslücken.

Behält man nun Mujahids akkurate Aussage und Muellers Bestätigung dessen im Blick, können wir uns nun daran machen, die Bush-Doktrin zu verstehen.

Dabei sollten wir auch auf Stimmen aus Afghanistan hören. Eine der angesehensten war Abdul Haq, der Anführer des afghanischen Widerstands gegen die Taliban und ehemaliger Anführer der von den USA unterstützten Mudshaheddin im Widerstand gegen die russische Invasion. Einige Wochen nach der US-Invasion führte er ein Interview mit dem Asienforscher Anatol Lieven.

Haq verurteilte die US-Invasion aufs Äusserste, die seiner Meinung nach viele Afghanen töten würde und die Bemühungen, die Taliban von innen heraus zu stürzen, untergrub. Er sagte: "Die USA versuchen, ihre Stärke zu zeigen, einen Sieg zu erringen und der ganzen Welt Angst zu machen. Sie kümmern sich nicht um das Leid der Afghanen oder darum, wie viele Menschen wir verlieren werden".

Haq war mit dieser Ansicht nicht allein. Auf einer Versammlung von 1.000 Stammesältesten im Oktober 2001 wurde einstimmig ein Ende der Bombardierungen gefordert, die, wie sie erklärten, "unschuldige Menschen" im Visier haben. Sie drängten darauf, dass andere Mittel als Gemetzel und Zerstörung eingesetzt werden sollten, um das verhasste Taliban-Regime zu stürzen.

Die führende afghanische Frauenrechtsorganisation, Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), zu deutsch Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans, veröffentlichte am 11. Oktober 2001 eine Erklärung, in der sie sich entschieden gegen die "gewaltige Aggression gegen unser Land" durch die USA aussprach, die das Blut unschuldiger Zivilisten fordern würde. Die Erklärung rief dazu auf, "die Plage der Taliban und al-Qaida" durch den "Aufstand der afghanischen Nation" zu bekämpfen, nicht durch einen mörderischen Angriff ausländischer Aggressoren.

Alles war damals öffentlich, alles wurde als irrelevant ignoriert, alles ist vergessen. Die Meinung der Afghanen interessiert uns nicht, wenn wir in ihr Land einmarschieren und es besetzen.

Die Auffassung des afghanischen Widerstands gegen die Taliban war nicht weit von der Haltung von Präsident Bush und seinem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entfernt. Beide lehnten Initiativen der Taliban ab, bin Laden für einen Gerichtsprozess ins Ausland zu schicken, obwohl Washington sich weigerte, Beweise zu liefern (die es nicht hatte).

Schließlich lehnten sie die Kapitulationsangebote der Taliban ab. Der Präsident drückte es so aus: "Als ich sagte, dass es keine Verhandlungen geben werde, meinte ich damit auch keine Verhandlungen". Rumsfeld fügte hinzu: "Wir verhandeln nicht über Kapitulationen." Übersetzt heißt das: wir werden unsere Stärke demonstrieren und der ganzen Welt Angst einjagen.

Die Botschaft des Imperiums lautete damals, dass diejenigen, die Terroristen beherbergen, sich genauso schuldig machen, wie die Terroristen selbst. Die schockierende Unverfrorenheit dieser Erklärung blieb fast unbemerkt. Sie wurde nicht von einem Aufruf zur Bombardierung Washingtons begleitet, wie es offensichtlich impliziert wurde. Selbst wenn man die hochrangigsten Terroristen der Welt beiseite lässt, beherbergen und unterstützen die USA kleinere Terroristen, die z.B. kubanische Verkehrsflugzeuge in die Luft sprengten und dabei viele Menschen töteten, als Teil des langen Terrorkrieges der USA gegen Kuba.

Ganz abgesehen von diesem Skandal ist es angebracht, das Unaussprechliche auszusprechen: Die USA hatte nichts gegen die Taliban vorzubringen. Keine Anklage, weder vor den Anschlägen vom 11. September, noch irgendwann anders. Vor dem 11. September 2001 hatte Washington ein recht gutes Verhältnis zu den Taliban. Nach dem 11. September verlangten sie die Auslieferung (ohne auch nur einen Hauch der erforderlichen Beweise zu liefern), und als die Taliban zustimmten, lehnte Washington die Angebote ab: "Wir verhandeln nicht über Auslieferungen." Die Invasion war nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerrecht, was Washington ebenso wenig interessiert, wie der afghanische Widerstand gegen die Taliban, sondern sie hatte überhaupt keine glaubwürdige Rechtfertigungsgrundlage.

Absolut kriminell.

Darüber hinaus gibt es inzwischen zahlreiche Beweise dafür, dass Afghanistan und al-Qaida für das Triumvirat Bush-Cheney-Rumsfeld nicht von großem Interesse waren. Sie hatten ein viel größeres Ziel als Afghanistan im Auge. Der Irak würde der erste Schritt sein, dann würde die gesamte Region folgen. Ich werde die Geschichte hier nicht wiederholen. Sie ist in Scott Hortons Buch Fool's Errand, (zu Deutsch: Die unnütze Unternehmung: Zeit den Afghanistankrieg zu beenden), gut dokumentiert.

Das ist die Bush-Doktrin. Über die Region herrschen, über die Welt herrschen, die Muskeln spielen lassen, damit die Welt weiß: "Wir machen hier die Ansagen", wie Bush I [George H.W. Bush] es ausdrückte.

Das ist keine neue Doktrin der USA. Auch in der Geschichte des Imperialismus lassen sich leicht Vorläufer finden. Man denke nur an den Vorgänger in der Weltherrschaft, Großbritannien, ein Meister der Kriegsverbrechen, dessen Reichtum und Macht aus Piraterie, Sklaverei und dem größten Drogenhandel der Welt entstand.

Und schließlich: "Was auch immer geschieht, wir haben das Maschinengewehr, und sie haben es nicht". Das ist Hilaire Belloc's Darstellung der westlichen Zivilisation. Und auch so ziemlich die Abdul Haq's Erkenntnis darüber, was imperiales Denken ist.

Nichts zeigt die herrschenden Wertvorstellungen deutlicher als die Art und Weise des Rückzugs. Auf die afghanische Bevölkerung wurde kaum Rücksicht genommen. Die Entscheidungsträger des Imperiums machen sich nicht die Mühe zu fragen, was die Menschen in den ländlichen Gebieten dieser überwiegenden Agrargesellschaft wollen, in denen die Taliban leben und ihre Unterstützung finden, die vielleicht widerwillig als die beste der schlechten Alternativen angesehen wird. Die "neuen Taliban", die früher eine rein paschtunische Bewegung waren, haben offensichtlich eine viel breitere Basis. Das hat der rasche Zusammenbruch ihrer ehemaligen Feinde, des grausamen Kriegsherrn Abdul Rashid Dostum, zusammen mit Ismail Khan auf dramatische Weise gezeigt, so dass andere ethnische Gruppen in das Taliban-Netzwerk aufgenommen wurden. Es gibt auch eine afghanische Friedensbewegung, die man nicht ausser Acht lassen sollte. Was würde die afghanische Bevölkerung wollen, wenn sie die Wahl hätte? Könnte sie sich vielleicht auf lokaler Ebene arrangieren, wenn man ihr vor einem überstürzten Rückzug Zeit ließe? Was auch immer die Möglichkeiten gewesen sein mögen, sie scheinen nicht in Betracht gezogen worden zu sein.

Der Höhepunkt der Verachtung der Afghanen wurde - wie es zu erwarten war - von Donald Trump erreicht. Bei seinem einseitigen Rückzugsabkommen mit den Taliban im Februar 2020 hat er es noch nicht mal für nötig gehalten, sich dabei mit der offiziellen afghanischen Regierung abzusprechen. Schlimmer noch, wie Kori Schake, Expertin für Außenpolitik der Bush-Regierung, berichtet, zwang Trump die afghanische Regierung sogar dazu, 5.000 Taliban-Kämpfer freizulassen und die Wirtschaftssanktionen zu lockern. Er stimmte zu, dass die Taliban weiterhin Gewalt ausüben darf gegen die Regierung, die wir bislang unterstützten, gegen unschuldige Menschen und gegen diejenigen, die uns dabei halfen, U.S. Amerikanern vor Ort Sicherheit zu gewähren. Voraussetzung war lediglich, dass die Taliban erklärten, sie würden die Angriffe auf US- und Koalitionstruppen einstellen, nicht zulassen, dass al-Qaida und andere terroristische Organisationen afghanisches Territorium für die Bedrohung der Sicherheit der USA nutzen und anschließend Verhandlungen mit der afghanischen Regierung aufnehmen.

Wie immer dreht sich alles um uns, dieses Mal verstärkt durch Trumps charakteristische Unmenschlichkeit. Das Schicksal der afghanischen Bevölkerung ist von keinerlei Bedeutung.

Trump legte den Zeitpunkt des Abzugs auf den Beginn der militärischen Sommersaison, was die Hoffnung auf eine gewisse Vorbereitung reduzierte. Präsident Joe Biden verbesserte die Bedingungen des Truppenabzugs ein wenig, aber nicht genug, um das erwartete Debakel zu verhindern. Es folgte die vorhersehbare Reaktion der immer schamloseren Führung der Republikanischen Partei. Sie schafften es fast nicht, rechtzeitig ihre überschwänglichen Lobeshymnen auf Trumps "historisches Friedensabkommen" von ihrer Webseite zu nehmen,

bevor sie Biden anprangerten und seine Amtsenthebung forderten, weil er eine verbesserte Version von Trumps schändlichem Verrat verfolgt hatte.

In der Zwischenzeit werden die Afghanen erneut vollkommen im Stich gelassen.

Um auf die ursprüngliche Frage zurückzukommen: Die Bush-Doktrin mag zwar unausgereifter als sonst formuliert worden sein, aber wesentlich neu ist sie nicht. Die Invasion verstieß gegen das Völkerrecht (und gegen Artikel VI der US-Verfassung), aber Bushs juristischer Beraterstab hatte entschieden, dass eine solche Sentimentalität "altmodisch" und "überholt" sei, sodass auch hier kaum Neuland betreten wurde, abgesehen von der schamlosen Missachtung. Was den "Aufbau einer Nation" betrifft, so kann man das Engagement für dieses Ziel daran messen, welcher Anteil der ausgegebenen Billionen von Dollar der afghanischen Bevölkerung zugute kam und welcher Anteil dem US-Militärsystem und seinen Söldnern ("Auftragnehmern") sowie dem von Korruption gekennzeichneten Kabul und den von den USA an die Macht gebrachten Kriegsherren zugute kam.

Zu Beginn habe ich vom 11. September 2001 gesprochen, nicht nur vom 11. September. Dafür gibt es einen guten Grund. Was wir den 11. September nennen, ist der zweite 11. September. Der erste 11. September war, wenn man einen klaren Blick darauf wirft, weitaus zerstörerischer und brutaler: es war der 11. September 1973. Um das zu erkennen, wollen wir es in ein pro-Kopf Verhältnis setzen. Angenommen, am 11. September 2001 wären 30.000 Menschen getötet und 500.000 brutal gefoltert worden, die Regierung wäre gestürzt und eine brutale Diktatur errichtet worden. Das wäre schlimmer gewesen als das, was wir den 11. September nennen.

Genau das ist passiert. Dies wurde weder von der US-Regierung noch vom privaten Finanzsektor, noch von den internationalen Finanzinstitutionen, die die USA weitgehend kontrollieren, noch von den führenden Vertretern des "Libertarismus" beklagt. Vielmehr wurden die Ereignisse begrüßt und enorm unterstützt. Die Übeltäter, wie Henry Kissinger, stehen in höchsten Ehren. Ich nehme an, bin Laden genießt unter den Dschihadisten ebenfalls hohes Ansehen.

Jeder sollte wissen, dass ich vom 11. September 1973 in Chile spreche.

Ein weiteres Thema, das einen nachdenklich stimmen könnte, ist der Begriff der "ewigen Kriege", der mit dem Abzug aus Afghanistan endgültig ad acta gelegt wurde. Wann begannen die ewigen Kriege aus der Sicht der Opfer? Für die Vereinigten Staaten begannen sie im Jahr 1783. Nachdem das britische Joch beseitigt war, konnte die neue Nation ins "Indianerland" eindringen und die indigenen Völker mit Offensiven des Abschlachtens, des Terrors, der ethnischen Säuberung und der Vertragsbrüche überzogen - und das alles in großem Stil, wobei sie sich zunächst halb Mexiko und dann einen Großteil der Welt aneignete. Wenn man weiter zurückschaut reichen unsere "ewigen Kriege" laut dem Historiker Walter Hixson

zurück bis ins Jahr 1492.

Aus der Sicht der Opfer sieht die Geschichte anders aus als aus der Sicht derjenigen mit dem Maschinengewehr und ihrer Nachkommen.

CJP: Im März 2003 begannen die USA einen Krieg gegen den Irak als Teil der neokonservativen Vision, den Nahen Osten neu zu gestalten und Staatsführer zu beseitigen, die eine Bedrohung für die Interessen und die "Integrität" der Vereinigten Staaten darstellten. Warum ist Bush in den Irak einmarschiert, obwohl er wusste, dass das Regime von Saddam Hussein nichts mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu tun hatte, keine Massenvernichtungswaffen besaß und folglich keine Bedrohung für die USA darstellte, was Hunderttausende von Irakern das Leben kostete und möglicherweise mehr als 3 Billionen Dollar kostete?

NC: Der 11. September war der Anlass für die Invasion des Irak, der im Gegensatz zu Afghanistan einen echten Gewinn darstellt: einen großen Petrostaat mitten im Herzen der wichtigsten Ölförderregion der Welt. Als die Zwillingsstürme noch rauchten, teilte Rumsfeld seinem Stab mit, dass es an der Zeit sei, „massiv zu werden, alles aufzuräumen - ob's was damit zu tun hat oder nicht", einschließlich des Iraks. Die Ziele wurden schnell sehr viel weiter gefasst. Bush und seine Mitarbeiter machten es ziemlich deutlich, dass bin Laden ein kleiner Fisch von geringem Interesse war (siehe Horton für viele Details).

Die Rechtsabteilung von Bush stellte fest, dass die UN-Charta, die Präventivkriege ausdrücklich verbietet, diese tatsächlich zulässt - und formalisierte damit, was schon seit langem Handlungspraxis war. Der offiziellen Kriegsvorwand gab es nur die "eine Frage": Husseins Massenvernichtungswaffen. Als diese Frage die falsche Antwort erhielt, rechtfertigte man die Aggression plötzlich als „demokratiefördernde Maßnahme", eine durchschaubare Lügengeschichte, die von gebildeten Gesellschaftsschichten begeistert geschluckt wurde - auch wenn einige dagegen waren, darunter 99 Prozent der Iraker, wie Umfragen ergaben.

Heute werden einige dafür gelobt, dass sie den Krieg von Anfang an abgelehnt hatten, vor allem Barack Obama, der ihn als strategischen Fehler kritisierte. Vielleicht ist mein Gedächtnis fehlerhaft, aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Nazigeneräle, die Hitlers Operation Barbarossa als strategischen Fehler bezeichneten, gelobt wurden: Sie hätten zuerst Großbritannien ausschalten sollen. Das Nürnberger Tribunal fällte ein anderes Urteil. Aber die USA begehen per definition keine Verbrechen, sondern nur Versehen.

CJP: Die Agenda des Regimewechsels, die die Außenpolitik der USA unter der Bush-Regierung bestimmt hatte, war offenbar der Grund für die Entscheidung der NATO, Muammar Gaddafi im Zuge der Revolutionen des "Arabischen Frühlings" Ende 2010 und Anfang 2011 in Libyen zu entmachten. Doch wie im Falle des Irak stellt sich die Frage:

Was waren die wahren Gründe für diesen Umgang mit dem Anführer eines angeblichen „Schurkenstaates“, der schon lange keiner mehr war?

NC: Die Intervention in Libyen wurde von Frankreich initiiert, zum Teil als Reaktion auf die humanitäre Haltung einiger französischer Intellektueller, zum Teil, wie ich vermute (wir haben nicht viele Beweise), als Teil der Bemühungen Frankreichs, seine imperiale Rolle im frankophonen Afrika zu erhalten. Großbritannien schloss sich an. Dann schlossen sich Obama und Clinton an, „im Hintergrund die Strippen ziehend“, wie ein Beamter des Weißen Hauses gesagt haben soll. Als Gaddafis Truppen auf Bengasi vorrückten, wurden Rufe nach einem bevorstehenden Völkermord laut, was zu einer Resolution des UN-Sicherheitsrats führte, in der eine Flugverbotszone verhängt und zu Verhandlungen aufgerufen wurde. Das war meiner Meinung nach vernünftig; es gab berechtigte Bedenken. Die Afrikanische Union schlug einen Waffenstillstand und Verhandlungen mit den Rebellen in Benghazi über Reformen vor. Gaddafi akzeptierte dies, die Rebellen lehnten es ab.

Zu diesem Zeitpunkt beschloss die französisch-britisch-amerikanische Koalition, gegen die von ihr erwirkte Resolution des Sicherheitsrates zu verstoßen und im Endeffekt zu den Luftstreitkräften der Rebellen zu werden. Dadurch konnten die Rebellen auf dem Boden vorrücken und schließlich Gaddafi gefangen nehmen und sadistisch ermorden. Hillary Clinton fand das recht amüsant und scherzte mit der Presse: "Wir kamen, wir sahen, er starb."

Das Land stürzte daraufhin ins totale Chaos, und die Zahl der Morde und anderer Grausamkeiten nahm drastisch zu. Dies führte auch dazu, dass Dschihadisten und Waffen in andere Teile Afrikas strömten und dort großes Unheil anrichteten. Auch Russland und die Türkei sowie die arabischen Diktaturen intervenierten und unterstützten die kämpfenden Gruppen. Die ganze Angelegenheit war eine Katastrophe für Libyen und weite Teile Westafrikas. Soweit ich weiß, hat sich Clinton nicht dazu geäußert, ob dies auch amüsant ist.

Libyen war ein großer Ölproduzent. Es ist kaum zu bezweifeln, dass dies bei den verschiedenen Interventionen eine Rolle spielte, aber da es keine internen Aufzeichnungen gibt, kann man nur wenig mit Sicherheit sagen.

CJP: Das Desaster in Afghanistan hat zweifellos das Scheitern der US-Strategie im Krieg gegen den Terror und der Regimewechsel-Operationen bewiesen. Es gibt jedoch noch etwas Beunruhigenderes als diese Tatsachen. Die Vereinigten Staaten hinterlassen nämlich nach jeder Intervention "schwarze Löcher" und verraten sogar diejenigen, die auf ihrer Seite gegen den Terrorismus gekämpft hatten. Zwei Fragen, die miteinander zusammenhängen: Erstens: Glauben Sie, dass der gescheiterte Krieg gegen den Terror neue Lehren für künftige Entscheidungsträger der US-Außenpolitik bringen wird? Und zweitens, verrät dieses Scheitern etwas über die Vormachtstellung der USA in der Weltpolitik?

NC: Das Scheitern liegt im Auge des Betrachters. Erinnern wir uns zunächst daran, dass

George W. Bush II nicht den globalen Krieg gegen den Terror erklärt hat. Er hat ihn vielmehr neu ausgerufen. Es waren Reagan und sein Außenminister George Shultz, die ihr Amt antraten und den globalen Krieg gegen den Terrorismus ausriefen, ein Vorhaben zur Vernichtung der "bösen Geißel des Terrorismus", insbesondere des staatlich unterstützten internationalen Terrorismus, einer "Plage, die von verdorbenen Gegnern der Zivilisation selbst verbreitet wird [in einer] Rückkehr zur Barbarei im modernen Zeitalter."

Der weltweite Krieg gegen den Terror wurde schnell zu einem riesigen, von Washington geführten oder unterstützten Terrorkrieg, der sich auf Mittelamerika konzentrierte, sich aber auch auf den Nahen Osten, Afrika und Asien erstreckte. Der weltweite Krieg gegen den Terror führte sogar zu einem Urteil des Weltgerichtshofs, der die Reagan-Regierung wegen "unrechtmäßiger Gewaltanwendung" - auch bekannt als internationaler Terrorismus - verurteilte und die USA zur Zahlung erheblicher Entschädigungen für ihre Verbrechen.

Die USA wiesen dies natürlich zurück und verschärfte die "unrechtmäßige Gewaltanwendung". Das sei völlig in Ordnung, erklärten die Redakteure der The New York Times. Der Weltgerichtshof sei ein "feindliches Forum", was durch die Tatsache bewiesen werde, dass die schuldlosen USA verurteilt worden seien. Wenige Jahre zuvor war er ein Muster an Rechtschaffenheit, als er sich in einem Fall gegen den Iran zugunsten der USA ausgesprochen hatte.

Die USA legten daraufhin ihr Veto gegen eine Resolution des Sicherheitsrates ein, in der alle Staaten zur Einhaltung des internationalen Rechts aufgerufen wurden, wobei sie niemanden erwähnten, obwohl klar war, was beabsichtigt war. Ich bin mir nicht sicher, ob darüber überhaupt berichtet wurde.

Aber wir erklären feierlich, dass Staaten, die Terroristen beherbergen, genauso schuldig sind wie die Terroristen selbst. Die Invasion in Afghanistan war also "richtig" und "gerecht", wenn auch schlecht durchdacht und zu kostspielig. Für uns.

War es ein Misserfolg? Für die imperialen Ziele der USA? In einigen Fällen, ja. Reagan war der letzte Unterstützer des Apartheid-Regimes in Südafrika, konnte es aber nicht aufrechterhalten. Im Allgemeinen wurde dadurch jedoch die imperiale Reichweite Washingtons erweitert.

Bushs Erneuerung des globalen Krieges gegen den Terror hatte keinen solchen Erfolg. Als die USA in Afghanistan einmarschierten, war die Basis des radikal-islamischen fundamentalistischen Terrorismus weitgehend auf eine Ecke Afghanistans beschränkt. Jetzt ist er über die ganze Welt verteilt. Die Verwüstung eines Großteils von Zentralasien und des Nahen Ostens hat die Macht der USA nicht gestärkt.

Ich bezweifle aber, dass dies große Auswirkungen auf die globale Vormachtstellung der USA

hat, die nach wie vor überwältigend ist. Was die militärische Dimension angeht, sind die USA unangefochten. Ihre Militärausgaben stellen die ihrer Konkurrenten in den Schatten - im Jahr 2020 sind es 778 Milliarden Dollar, verglichen mit 252 Milliarden Dollar in China und 62 Milliarden Dollar in Russland. Das US-Militär ist auch technologisch weitaus fortschrittlicher. Die Sicherheit der USA ist konkurrenzlos. Die angeblichen Bedrohungen bestehen an den Grenzen ihrer Feinde, die umzingelt sind mit Atomraketen in einigen der 800 US-Militärstützpunkte in der ganzen Welt (China hat einen: Dschibuti).

Macht hat auch eine wirtschaftliche Dimension. Auf dem Höhepunkt der Macht der USA nach dem Zweiten Weltkrieg besaßen sie vielleicht 40 Prozent des weltweiten Reichtums, eine Vormachtstellung, die unvermeidlich abnehmen musste. Doch wie der politische Ökonom Sean Starrs beobachtet hat, ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in einer Welt der neoliberalen Globalisierung nicht der einzige Maßstab für wirtschaftliche Macht. Seine Untersuchungen zeigen, dass multinationale Unternehmen mit Sitz in den USA überwältigende 50 Prozent des weltweiten Reichtums kontrollieren und in fast jedem Marktbereich an erster und manchmal auch zweiter Stelle stehen.

Eine weitere Dimension ist die „soft power“, die "weiche Macht". Hier hat Amerika noch lange bevor Trump mit harten Schlägen den Ruf des Landes schädigte, ernsthaft eingebüßt. Schon unter Clinton erkannten führende Politikwissenschaftler an, dass die meisten Länder der Welt Amerika als den "führenden Schurkenstaat" und "die größte externe Bedrohung für ihre Gesellschaften" (um Samuel Huntington bzw. Robert Jervis zu zitieren) ansehen. In den Obama-Jahren ergaben internationale Umfragen, dass die USA als größte Bedrohung für den Weltfrieden angesehen wurden und niemand auch nur annähernd mithalten konnte.

Die führenden Politiker der USA können das Land weiterhin untergraben, wenn sie meinen, aber seine enorme Macht und sein konkurrenzloser Vorsprung machen dies zu einer schwierigen Aufgabe, selbst für einen Bulldozer wie Trump.

CJP: Ein Blick zurück auf die Anschläge vom 11. September 2001 zeigt auch, dass der Krieg gegen den Terror zahlreiche Auswirkungen auf die Gesellschaft in den USA hatte. Können Sie etwas zu den Auswirkungen des Krieges gegen den Terror auf die amerikanische Demokratie und die Menschenrechte sagen?

NC: Diesbezüglich wurde das Thema bereits gut genug behandelt, sodass ich nicht viel dazu sagen muss. Es erschien gerade wieder einmal eine Illustration im Wochenrückblick der New York Times, das aussagekräftige Bekenntnis eines mutigen FBI-Agenten, der von seiner Aufgabe, "Menschen" (Muslime) im Krieg gegen den Terror zu vernichten, so desillusioniert war, dass er beschloss, Dokumente zu veröffentlichen, die die Verbrechen aufdeckten, und dafür ins Gefängnis zu gehen. Dieses Schicksal ist denjenigen vorbehalten, die staatliche Verbrechen aufdecken, nicht den geachteten Tätern, wie dem herumalbernden Opa, George W. Bush.

Natürlich gab es schwerwiegende Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte, in einigen Fällen völlig unaussprechlich, wie in Guantánamo, wo gefolterte Gefangene noch nach vielen Jahren ohne Anklage dahinvegetieren oder die Folgen der Folter so abscheulich sind, dass die Richter einen Prozess nicht zulassen. Inzwischen wird eingestanden, dass die "Schlimmsten der Schlimmen" (wie sie genannt wurden) meist unschuldige Dritte waren.

Im eigenen Land wurden die Rahmenbedingungen für einen Überwachungsstaat mit völlig illegitimen Befugnissen geschaffen. Die Opfer sind wie immer die Schwächsten, aber vielleicht möchte man auch an das berühmte Plädoyer von Pastor Niemöller unter der Naziherrschaft denken.

„Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.
Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

ENDE